



Pressekonferenz
Donnerstag, den 20. Januar 2011

Mit allen Wassern gewaschen

Trinkwasser, Wasserpreis und Sozialpolitik



Die gesetzlichen Ziele

Das Luxemburger Wassergesetz vom 18. Dezember 2008 basiert auf der europäischen Wasserrahmenrichtlinie 2000/60/EG vom 23. Oktober 2000. Ziel dieser EU Gesetzgebung ist es binnen 15 Jahren – d.h. bis 2015 - einen guten ökologischen und chemischen Zustand aller Gewässer in der EU zu erreichen. In dieser Hinsicht gibt auch das Luxemburger Gesetz klare Ziele vor:

La présente loi a pour objet (...) de:

- a) prévenir toute dégradation supplémentaire, de préserver et d'améliorer l'état des eaux et des écosystèmes aquatiques ainsi que, en ce qui concerne leurs besoins en eau, des écosystèmes terrestres et des zones humides qui en dépendent directement;*
- b) promouvoir une utilisation durable de l'eau, fondée sur la protection à long terme des ressources en eau disponibles;*
- c) renforcer la protection de l'environnement aquatique ainsi que de l'améliorer, notamment par des mesures spécifiques conçues pour la réduction progressive des rejets, émissions et pertes de substances prioritaires, et pour l'arrêt ou la suppression progressive des rejets, émissions et pertes de substances dangereuses prioritaires;*
- d) assurer la réduction progressive de la pollution des eaux souterraines et de prévenir l'aggravation de leur pollution;*
- e) régénérer le régime des eaux de surface;*
- f) (...)*
- g) arrêter les principes directeurs régissant la fourniture d'eau destinée à la consommation humaine et à l'utilisation industrielle, artisanale et agricole ainsi que l'évacuation et l'assainissement des agglomérations;*
- h) élaborer et mettre en oeuvre les programmes de surveillance et les programmes opérationnels ayant pour objet les aspects quantitatifs et qualitatifs des eaux de surface et des eaux souterraines;*
- i) contribuer à l'entretien des cours d'eau en tenant compte des dispositions des points a) et e); et réaliser les objectifs des accords internationaux applicables en matière de gestion et de protection de l'eau auxquels le Luxembourg fait partie, y compris ceux qui visent à prévenir et à éliminer la pollution de l'environnement marin.*

Es geht also in erster Linie um den Schutz der Gewässer und um die nachhaltige Absicherung der Ressource Trinkwasser. déi gréng stellen fest, dass diese Ziele in Luxemburg meist vergessen werden und sich die Diskussion vor allem auf den Wasserpreis fokussiert hat.

Bei der Umsetzung des Gesetzes ist der kostendeckende Wasserpreis ein wichtiges, aber nicht das einzige Instrument für eine bessere Absicherung der Qualität und der uns zur Verfügung stehenden Quantität des Trinkwassers.

Trinkwasser und Oberflächenwasser

Der nationale Trinkwasserverbrauch stößt an die Grenzen der Verfügbarkeit dieser Ressource

Bisher schien es so, als ob in Luxemburg – auch bei steigender Bevölkerung - genug einwandfreies Trinkwasser zur Verfügung stehen würde, um alle Bedürfnisse abzudecken. Dem ist jedoch nicht so!

Da immer mehr Nitrat- und Pestizidbelastungen in den Quellen des Luxemburger Sandsteins festgestellt werden, hat sich die Nachhaltigkeitskommission der Abgeordnetenversammlung auf Anfrage von déi gréng am 27. Januar 2010 mit diesem Thema befasst. Minister Halsdorf: « *Il est mentionné qu'une solution de rechange est cherchée pour le Luxembourg, en songeant à un agrandissement du lac de barrage, un approvisionnement auprès de l'Allemagne ou une filtration des eaux alluviales de la vallée de la Moselle.* »

Einerseits hat das stetige Bevölkerungswachstum zu einer Steigerung des Wasserverbrauchs geführt. Andererseits wurden die vorhandenen Quellen nicht ausreichend geschützt. Bereits jetzt stößt die Verfügbarkeit von hochwertigem Trinkwasser (Stausee + SEBES-Ersatzbohrungen + Trinkwasserquellen) im Sommer an seine Grenzen.

Es macht also Sinn das Trinkwasser sparsam zu gebrauchen! Der kostendeckende Wasserpreis kann hier einen nötigen Anreiz schaffen, um den Verbrauch zu begrenzen und einen besseren Quellenschutz zu betreiben. Ohne begleitende Maßnahmen reicht dies aber keinesfalls aus.

Die Forderungen von déi gréng zum Wassersparen

Wir fordern landesweite Kampagnen zum Wassersparen, bei denen alle Gemeinden eingebunden werden, mit:

- Maßnahmen gegen Wasserverluste im Netz
- Informationen zum Wassersparen an Haushalte und Betriebe
- Informationen zur Wasserqualität und zum Verbrauch
- Konsequenter Förderung der Regenwassernutzung

déi gréng setzen sich ein für eine dezentrale Nutzung der Trinkwasserquellen. Eine alleinige zentrale Wasserproduktion (SEBES) ist keine praktikable Lösung. Wir sind dagegen, dass unsere Probleme durch den Einkauf von Trinkwasser aus dem Ausland vertuscht werden.

déi gréng sind für eine Preisgestaltung, die das Wassersparen attraktiv macht (siehe Kapitel Wasserpreis)

déi gréng übernehmen Verantwortung: Beispiele in den Gemeinden Beckerich, Stadt Luxemburg, Esch-Alzette, Sandweiler, ...

Die Erfahrung zeigt: Haushalte und Gemeinden können viel Wasser sparen, durch die richtige Technik und das richtige Verhalten (siehe Anhang).

Qualität des Oberflächen- und Trinkwassers in Gefahr

Die Verunreinigung der Trinkwasserquellen hat längst nicht mehr nur lokalen Charakter und Ursachen. 60% des Trinkwassers weist Spuren von Pestiziden auf. Bei einigen Quellen sind die Grenzwerte erreicht und vom Wassergebrauch musste abgeraten werden. Allgemein liegen die Pestizid Belastungen derzeit noch unter den gesetzlich festgelegten Grenzwerten, aber dies wird sich schnell ändern, wenn wir nicht endlich die Pestizid- und Nitratausbringung stark einschränken. Minister Halsdorf selbst sprach hier von einer ‚*bombe à retardement*‘.

Auch die Oberflächengewässer sind belastet. Jedes Jahr werden aufgrund der schlechten Wasserqualität weniger Gewässer als Badegewässer ausgewiesen. Im Jahre 2010 entsprachen lediglich drei stehende Gewässer den Anforderungen der EU-Direktive 2006/7/EG: der See in Weiswampach, die Remerschener Baggerweier und der Stausee an der Obersauer. Dabei hatte Herr Halsdorf noch vor wenigen Jahren angekündigt, in der Mosel zu baden!!

Die aktuelle Situation ist nicht mehr tragbar. Die Regierungen der letzten 20 Jahre haben durch Untätigkeit und falsche Politik die derzeitigen Probleme herbeigeführt.

Sechs politische Versäumnisse, die zu dieser Entwicklung geführt haben:

1. Verspätete Umsetzung der Nitrat-Richtlinie der EU

Luxemburg brauchte 19 Jahre und eine Verurteilung durch den Europäischen Gerichtshof um die EU-Direktive 91/676 zum Schutz des Wassers vor Nitratbelastungen aus der Landwirtschaft umzusetzen (Großherzogliches Reglement vom 30. Dezember 2010).

Die verspätete Umsetzung hat dazu geführt, dass der Schutz des Trink- und Oberflächenwassers vor Nitratbelastungen durch die Landwirtschaft in Luxemburg nicht gewährleistet war. Dementsprechend hoch sind auch die Nitratwerte und einige kommunale Quellen mussten aus diesem Grund geschlossen werden.

2. Kläranlagenprogramm lückenhaft

Aus dem Aktivitätsbericht 2009 des Innenministeriums geht hervor, dass die Abwasserklärung seit Jahren rückständig ist :

L'examen des données ... montre qu'un grand nombre de stations d'épuration présente des niveaux d'épuration insuffisants, ce qui est dû, d'une part, à l'entraînement des boues d'épuration dans le cours d'eau récepteur suite à des surcharges hydrauliques trop importantes et, d'autre part, au fait que de nombreuses stations nécessitent une modernisation ou encore l'ajout d'une phase de traitement tertiaire pour satisfaire aux exigences de la directive 91/271/CEE.

Da selbst einwandfrei funktionierende Kläranlagen nicht alle Abwässer reinigen und vor allem bei starken Regenfällen verschmutztes Wasser unbehandelt in Bäche und Flüsse geleitet wird, wäre es wichtig, Präventivmaßnahmen zu verstärken und Umwelt-Schadstoffe zu reduzieren.

3. Zu wenig Trinkwasserschutzzonen und kein Maßnahmenkatalog

Erschreckend wenig hat der Staat zum Schutz der Trinkwasserquellen getan. Seit 1993 – nachdem der Staat die Verantwortung übernommen hatte – wurden keine Schutzzonen ausgewiesen. Das Wassergesetz von 2008 hat die Verantwortlichkeiten wieder neu definiert:

Gemeinden: Beauftragen ein Studienbüro mit der Ausweisung der Trinkwasserschutzgebiete (Hydrologie, Festlegung der 3 Schutzzonen).

Staat: Erarbeitet rechtsverbindliche Bestimmungen für Landwirtschaft, Wohnen und Wirtschaften in den 3 Trinkwasser Schutzzonen.

Erfahrungen in einigen Pilotprojekten haben gezeigt, dass eben diese Bestimmungen mit eventuellen Ausgleichszahlungen für Ernteausschlag der Knackpunkt für wirkungsvollen Wasserschutz sind. Ohne konkrete verbindliche Maßnahmen – kein ausreichender Trinkwasserschutz! Obwohl das Ministerium diese rechtsverbindlichen Bestimmungen bis Ende 2010 versprochen hatte, liegen sie noch nicht vor!

4. Quellen vernachlässigt zugunsten der zentralen Stauseelösung – ein Fehler!

Jahrelang wurden die kommunalen Politiker in Richtung der zentralen SEBES-Lösung gedrängt, da zudem die Quellen der Gemeinden immer höhere Nitratwerte aufwiesen, die sogar die Grenzwerte überschritten. Die SEBES-Lösung schien für viele der einfachere Weg: keine Auseinandersetzung mit der lokalen Landwirtschaft und den lokalen Betrieben für einen besseren Quellenschutz, dafür einfach das Wasser ganz oder teilweise aus dem Stausee beziehen.

Heute stößt jedoch die Trinkwasserversorgung aus dem Stausee an qualitative und quantitative Grenzen stößt (siehe 5.).

5. Jetzige Schutzzone am Stausee zeigt nicht die gewünschte Wirkung

Das Phänomen der Blaualgen im Stausee in Esch/Sauer wird von Jahr zu Jahr besorgniserregender und zeigt, dass die Belastung des Stauseewassers durch Nährstoffeinträge aus den Einzugsgebieten zunimmt. Dies zeigt sich auch an den zunehmenden Werten der Schadstoffkonzentrationen im Stauseewasser. Es wäre falsch die Qualität des SEBES-Wassers allein durch die Aufbereitungsanlagen sicherstellen zu wollen, ohne die Ursachen der Schadstoffeinträge zu beheben. Trotz der Landwirtschaftsberatung und dem Naturschutz steigen die Nitratwerte im Stauseewasser. Es gibt noch immer nicht für alle Einzugsgebiete rund um den Stausee wirkungsvolle Schutzzonen.

6. Billig heißt „nichts wert“; heißt „verschwenderischen Umgang“

Die genannten Probleme finden ihren Ursprung auch in den während Jahren künstlich niedrig gehaltenen Wasserpreisen. Die Folgen: Wasserverschwendung im großen Stil, hohe Verluste in den Netzen, überdimensionale Versorgungs- und Kläranlagen mussten gebaut werden, überhöhte Kosten waren die Folge. Diese Kosten wurden jahrelang verschleiert und weggerechnet (z.B. Kläranlagen erhielten 90% staatlichen Zuschuss, kommunale Budgetdefizite wurden querfinanziert).

Da jetzt der kostendeckende Wasserpreis berechnet wird, treten diese verdeckten Kosten an die Oberfläche und es zeigt sich, dass während Jahren die falsche Wasserpolitik betrieben wurde.

Die Forderungen von déi gréng für sauberes Trinkwasser:

- Wir stehen für eine stärkere Nutzung von hochwertigem Trinkwassers als Nahrungsquelle und setzen dies lokal um, so z.B. in der Stadt Luxemburg... ; daher muss sichergestellt sein, dass Trinkwasser als Lebensmittel für alle Bevölkerungsgruppen (Kinder, Erwachsenen, ältere Menschen) jederzeit eine hohe Qualität aufweist;
- Wir sind für eine Absicherung der lokalen Trinkwasserquellen und gegen eine alleinige zentrale SEBES-Lösung;
- Wir verlangen die sofortige großflächige Ausweisung von Trinkwasserschutzgebieten. Das Ministerium muss dabei seine Verantwortung übernehmen und die gesetzlichen Bestimmungen für die Aktivitäten in den Schutzzonen definieren;
- Wir verlangen ein Programm für die nationale Umsetzung der Maßnahmen für Trinkwasserschutz durch wasserverträgliche Land- und Forstwirtschaft, angepasste Siedlungspolitik und Oberflächennutzung;
- Wir möchten eine personelle Verstärkung des Wasserwirtschaftsamtes, damit es eine proaktive Rolle bei der Zusammenarbeit mit den Gemeinden übernimmt.

Die Forderungen von déi gréng für saubere Bäche und Flüsse:

- Wir verlangen, dass die Kläranlagen kurzfristig den Erfordernissen der Wasserrahmenrichtlinie angepasst werden;
- Wir verlangen, die konsequente Einhaltung der Nitratdirektive für landwirtschaftliche Tätigkeiten auch an Oberflächengewässer;
- Wir stehen für den Ausbau der biologischen – trinkwassergerechteren - Landwirtschaft.

Die Forderungen von déi gréng für bessere Informationsarbeit:

- Wir verlangen, dass das Trinkwasser seinen realen Wert erhält (zum Wasserpreis siehe nächstes Kapitel). Im Gegenzug müssen die Wasserwerke den Konsumenten eine hohe Trinkwasserqualität garantieren - alle Normen sind einzuhalten;
- Wir verlangen eine nationale Sensibilisierungskampagne für die Nutzung von Trinkwasser als Nahrungsquelle unter der Voraussetzung, dass die Qualität stimmt;
- Wir verlangen von allen Akteuren eine lückenlose Information über die Qualität des Trinkwassers;
- Wir verlangen funktionierende Warnsysteme im Fall von Schadstoffbelastungen im Trinkwasser.

Die falsche Diskussion um den Wasserpreis

Das Wasser wird durch das neue Gesetz nicht teurer

Die aktuelle Diskussion um den Wasserpreis erweckt bisweilen den Eindruck, als ob die Wasserver- und -entsorgung durch das neue Gesetz nun teurer werde. Dies ist eindeutig nicht der Fall! Trinkwasserversorgung und Abwasseraufbereitung waren schon immer mit Kosten verbunden. Diese wurde jedoch nur teilweise von den Verbrauchern selbst getragen, da der Preis nicht kostendeckend war. Die restlichen Kosten wurden über Steuereinnahmen querfinanziert, also von der Allgemeinheit getragen. Damit fehlte das Geld für andere wichtige Projekte.

Einheitlicher Wasserpreis?

Die Diskussion um einen einheitlichen Wasserpreis ist weder neu noch sinnvoll. Bereits Innenminister Jean Spautz hatte eine ähnliche Diskussion geführt, da die Preise auch damals je nach Gemeinde stark variierten.

Wasser + Abwasser Preis für Haushalte pro m ³ in	1994	2000	2004	2010	1.1. 2011	
	(Luf)	(Luf)	(€)	(€)	(€)	Anschluss €
Stadt Luxemburg	64,74	68,99	2,26	3,85	4,25	55
Esch/Alzette	54,158	60,518	1,55	4,91	4,91	25
Esch/Sauer	22 ⁽²⁾	35 ⁽²⁾	1 ⁽²⁾	3,7	3,7	150
Beckerich	40	50	1,9	3,8	5,2	135
Bastendorf / Tandel	50	50	1,24	2	3,85	128
Sandweiler	24-34 ⁽¹⁾	34-49 ⁽¹⁾	0,84-1,22	1,93	4,4	25
Niederanven	35 ⁽²⁾	35 ⁽²⁾	1 ⁽²⁾	3,8	3,8	10
Larochette	30	30	0,87	3,19	3,19	21
Wiltz	62	62	2,57	4,62	6,54	199
Größter Unterschied in %	194%	130%	206%	154%	105%	

Erklärungen: (1) gestaffelter Preis, (2) Preis pro Haushalt, Quelle: tableaux comparatifs Min. Intérieur

Der einheitliche Wasserpreis ist eine planwirtschaftliche Maßnahme ohne Lenkungseffekt und wird zu paradoxen Situationen führen:

- Warum soll eine Gemeinde teure Anstrengungen zur Kostenreduktion durchführen, wenn der Wasserpreis per se festgelegt ist und Mehrkosten kompensiert werden?
- Wen interessieren dann noch Leitungsverluste im kommunalen Wassernetz, die in verschiedenen Gemeinden ein Viertel des Verbrauchs ausmachen (25% Verluste verteuern den Wasserpreis um bis zu 1,5 € !!)?
- Was bringen den Gemeinden kommunale Wassersparaktionen für Haushalte, wenn der Preis künstlich festgelegt wird?
- Müssen Gemeinden, die kostengünstige Infrastrukturen errichten, die Luxuseinrichtungen der anderen mitfinanzieren?

Wasserpreise im Ausland

Vergleiche mit dem Ausland belegen:

1. die Preise sind nicht einheitlich, sondern variieren aufgrund der lokalen Gegebenheiten. In Deutschland z.B. um bis zu 203%. (Quelle: Spiegel online)
2. Luxemburg ist keineswegs Spitzenreiter wie die folgende Tabelle mit den Durchschnittspreisen für Trink- und Abwasser in Europa für 2009 belegt:

Land	Trinkwasser €/m ³	Abwasser €/m ³	Total €/m ³
Dänemark	6,42	3,24	9,66
Deutschland	5,29	3,1	8,39
Niederlande	3,77	2,18	5,95
England	3,79	1,86	5,65
Frankreich	3,09	1,56	4,45
Belgien	3,51	0,93	4,44

Ministerielles Chaos ist perfekt

Die Informationen der letzten Monate aus dem Innenministerium (3-4 Rundschreiben an die Gemeinden, Antworten auf parlamentarische Anfragen) haben zu manchen Verwirrungen geführt.

Nachdem der Minister angekündigt hatte bei den ländlichen Gemeinden Ausnahmen zum Prinzip der Kostendeckung zuzulassen, melden sich weitere Interessengruppen zu Wort und fordern Ausnahmeregelungen: Landwirtschaft, Hotelbetriebe, Campingplätze Auch für diese Betriebe sollen nun Lösungen gefunden werden, heißt es aus dem Ministerium.

Will das Innenministerium vom Prinzip der Kostendeckung abrücken? Sollen jetzt etwa die Verluste bei den angesprochenen Gruppen durch eine Querfinanzierung von anderen Sektoren (Haushalte, Industrie) ausgeglichen werden?

Gemeinden deklarieren öffentlich, das Gesetz zu missachten

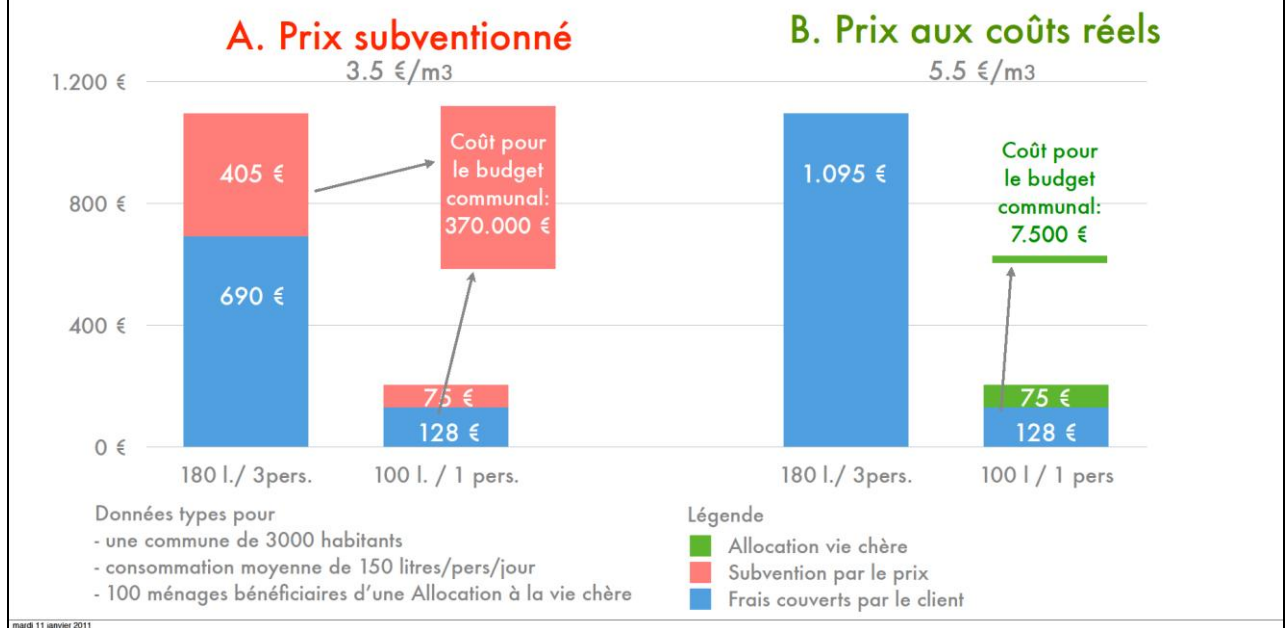
Wenn jetzt verschiedene GemeindepolitikerInnen offiziell ankündigen den Wasserpreis nicht kostendeckend zu gestalten, dann kündigen sie damit gleichzeitig die Missachtung des Gesetzes an. Kurioserweise sind es oft dieselben Politiker, die als Abgeordnete dem Gesetz im Parlament zugestimmt haben!

Nun müsste der Innenminister eigentlich dafür sorgen, dass diese Gemeinden die Gesetze einhalten. Den Reaktionen von Innenminister Haldorf nach zu urteilen, sieht es aber nicht danach aus. Im Gegenteil, er selbst stellte das Prinzip der Kostendeckung wieder in Frage, wenn er Ausnahmen für Landwirtschaft, Hotelbetriebe und Campingplätze in Aussicht stellt.

Der Wasserpreis als Knappheitsindikator und der Umgang mit sozialen Härtefällen

Die bisherige Preispolitik vieler Gemeinden hat einerseits zu leeren Kassen und andererseits zu Subventionierung der großen Wasserverbraucher geführt, so wie aus der folgenden Graphik (Rechenbeispiel A) hervorgeht.

Coût annuel de l'eau et fixation du prix au consommateur: deux modèles



Der für den Endkunden künstlich niedrige Wasserpreis ist also in Wirklichkeit kein „Sozialtarif“, sondern fördert und subventioniert den erhöhten Wasserverbrauch. Ein sozialpolitischer und umweltpolitischer Skandal.

déi gréng setzen sich für das Modell B ein, aus dem ersichtlich wird, dass die Gemeindekasse entlastet wird und den einkommensschwachen Haushalten gezielt durch soziale Instrumente (allocation de vie chère) Unterstützung zukommt. Die öffentliche Hilfe kommt dort an, wo sie wirklich gebraucht wird.

Eine gratis Grundversorgung für alle ist keine Sozialpolitik

Die Idee hört sich gut an: Jeder erhält eine bestimmte Wassermenge gratis. Damit wären auch die finanzschwachen Haushalte abgesichert, so die Begründung. Die Idee der „Sozialtarife“ ist an sich nicht neu und wurde bereits vielerorten eingeführt, leider nicht mit dem erwünschten Erfolg. Das Wuppertal Institut untersuchte ähnliche Sozialtarife im Bereich ‚Energie‘ und kommt zum Schluss, dass „*der vorgeschlagene Sozialtarif nicht geeignet ist, nachhaltig zur finanziellen Entlastung von Armutshaushalten beizutragen. Untersucht wurden verschiedene Tarifmodelle (Freimengentarif, linearer Tarif und progressiver Zonen-Tarif)... Keines könne die gewünschte zielgruppenspezifische Entlastung herbeiführen, ohne zugleich beträchtliche unerwünschte Nebenwirkungen hervorzurufen. Zudem werde das Ziel verfehlt, mit Hilfe des Stromspartarifs Endenergieeffizienz zu steigern (WI/Ö-quadrat 2008:38).*“

Die Absurdität dieser Idee wird noch deutlicher, wenn man sich vorstellt, dass sie konsequent auch bei anderen Grundbedürfnissen angewendet würde. Z.B. im Ernährungsbereich: „*e gratis Liter Mëllech pro Dag fir jiddereen*“.

Harmonisierter Preis - Ja! Einheitspreis - Nein! (*)

Beim Votum des neuen Wassergesetzes in der Abgeordnetenkammer gab es einen parteiübergreifenden Konsens für einen harmonisierten Wasserpreis (*). Es war von Anfang an klar, dass die Kostenunterschiede – bedingt durch geographische Unterschiede zwischen den Gemeinden - zum Teil ausgeglichen werden sollten. So war vorgesehen, dass aufgrund der Wasserkosten des Jahres 2008 eine genaue Analyse der verschiedenen Komponenten dieser Kosten vorgenommen werden sollte. Jene Kosten, die aufgrund der unterschiedlichen Geographie und Besiedlungsstruktur einzelne Gemeinden schwerer belasten, sollten durch einen nationalen Kompensationsfonds ausgeglichen werden. Aber jene Kosten, die durch kommunale Misswirtschaft oder Verschwendung zustande kommen, sollten auch kommunal gedeckt werden.

Mit seiner jetzigen Vorgehensweise setzt Innenminister Halsdorf diesen Konsens aufs Spiel. Der sichere Weg ins Preis-Chaos ist vorprogrammiert.

Die Forderungen von déi gréng zum Wasserpreis:

- Wir verlangen, dass das Innenministerium die von der Abgeordnetenkammer votierten Gesetze einhält und Verstöße ahndet. Ansonsten muss die Frage erlaubt sein, welchen Stellenwert der Innenminister noch hat.
- Wir sind mit einem harmonisierten Preis einverstanden, bei dem lediglich geographische bedingte Preisunterschiede kompensiert werden;
- Wir bestehen auf dem Kostendeckungsprinzip, bei dem die realen Preise für Wasser und Abwasser verrechnet werden. Die soziale Komponente soll nicht über den Wasserpreis, sondern durch die Instrumente der Sozialpolitik einfließen;
- Wir fordern eine transparente Preispolitik, die es Bürgern und Betrieben erlaubt die Entstehung der realen Preise nachzuvollziehen;
- Wir fordern die Gemeinden auf, die Gewichtung zwischen der fixen Anschlussstaxe und dem flexiblen m³ Preis so zu gestalten, dass das Wassersparen attraktiv ist (d.h. geringere Anschlusskosten, höherer m³ Preis).

(*) Erklärung:

Einheitspreis: Überall im Land wird das Wasser zum selben Preis angeboten, unabhängig von den realen Kosten der jeweiligen Wasserwerke. Gilt also auch für Gemeinden die billiger anbieten könnten.

Harmonisierter Preis: Der Wasserpreis ist lediglich gedeckelt (5,5 – 6 €/m³). Die Gemeinden, deren reale Kosten über diesem Preis liegen, erhalten einen Zuschuss aus einem nationalen Topf.